



Widerwillige Verbündete: Warum Israel und arabische Staaten Trump von einem Angriff auf Iran abhalten wollen

Die Lage im Nahen Osten bleibt angespannt, doch eine neue Eskalationsstufe scheint vorerst abgewendet. US-Präsident Donald Trump, der in den vergangenen Tagen offen mit einem militärischen Schlag gegen Iran liebäugelte, sieht sich zunehmend mit diplomatischem Gegenwind konfrontiert – nicht nur aus Europa, sondern vor allem von seinen wichtigsten Partnern in der Region.

Nach Angaben eines US-Beamten sprach Trump am Mittwoch mit Israels Premierminister Benjamin Netanyahu. Dessen zentrale Botschaft: ein Appell zur Zurückhaltung. Auch mehrere arabische Staaten – darunter Katar, Saudi-Arabien, Oman und Ägypten – forderten Washington auf, von einem Angriff abzusehen. Ihre Warnung ist eindeutig: Ein militärisches Vorgehen der USA gegen Iran könnte eine großflächige regionale Konfrontation auslösen, deren Folgen nicht abzusehen wären.

Gemeinsames Interesse an Stabilität

Dass ausgerechnet Israel, ein erklärter Gegner der Islamischen Republik Iran, zur Mäßigung aufruft, mag auf den ersten Blick überraschen. Doch Experten sehen darin eine nüchterne sicherheitspolitische Kalkulation. Ein US-Angriff würde mit hoher Wahrscheinlichkeit eine Gegenreaktion aus Teheran nach sich ziehen – sei es durch direkte Raketenangriffe, durch Stellvertretermilizen wie die libanesische Hisbollah oder durch Sabotageakte im Schattenkrieg, der die Region seit Jahren prägt. Für Israel stiege das Risiko eines Mehrfrontenkriegs erheblich.

Auch für die arabischen Golfstaaten, die sich trotz Rivalitäten mit Iran zuletzt vorsichtig um eine Entspannung bemüht hatten, wäre ein Krieg verheerend. Besonders Katar und Oman pflegen traditionell einen pragmatischen Dialog mit Teheran. Saudi-Arabien, das sich mit dem Iran ein Jahrzehntelanges Ringen um regionale Vorherrschaft liefert, verfolgt ebenfalls einen vorsichtiger ausgelegten Kurs.

Zweifel an der Strategie Washingtons

Am Sitz der Vereinten Nationen in New York herrschte am Mittwoch Ratlosigkeit. Bei einer Sitzung des Sicherheitsrats blieb die US-Delegation vage, was mögliche Maßnahmen gegen den Iran betrifft. Die strategische Linie der Vereinigten Staaten – ob Eindämmung, Eskalation oder Regimewechsel – bleibt unklar. Eine militärische Aktion ohne klares politisches Ziel birgt indes erhebliche Risiken. Laut Einschätzung westlicher Analysten ist es höchst unwahrscheinlich, dass ein begrenzter Luftschlag das iranische Regime entscheidend schwächen würde. Viel wahrscheinlicher wäre eine innen- und außenpolitische Verhärtung in



Teheran – mit Folgen für die gesamte Region.

Hinzu kommt die prekäre innenpolitische Lage im Iran selbst. Nach wochenlangen landesweiten Protesten zeigt die Führung in Teheran Anzeichen von Nervosität. Zwar geht die Staatsgewalt weiterhin brutal gegen Demonstranten vor, doch jüngste Ankündigungen über Massenhinrichtungen wurden zurückgenommen. Beobachter werten dies als Versuch, den internationalen Druck abzumildern – ein weiterer Grund, warum eine außenpolitische Eskalation aus Sicht vieler Regionalakteure kontraproduktiv wäre.

Ein US-Angriff könnte die Protestbewegung delegitimieren, den Hardlinern in Teheran Auftrieb geben und Iran in die Opferrolle drängen – mit dramatischen Folgen für die zivilgesellschaftliche Entwicklung im Land.

Statt militärischer Muskelspiele scheint die Devise vieler regionaler Akteure derzeit „Deeskalation durch Diplomatie“ zu lauten.

Iran: Rückzug von Hinrichtungsdrohungen und Terrorismusvorwürfe

Das iranische Justizsystem hat sich am Donnerstag von der Drohung der Todesstrafe gegen Erfan Soltani, einen Fall, der international Aufsehen erregt hat, distanziert. Dennoch erklärt die Regierung die beteiligten Demonstranten zu „Terroristen“. Diese Taktik deutet auf einen Versuch hin, durch Einschüchterung und Angst, die Bevölkerung von weiteren Protesten abzuhalten. Der Rückzug von der Todesstrafe könnte eine Reaktion auf den internationalen Druck darstellen, doch die Bezeichnung von Protestierenden als Terroristen zeigt, dass der Staat weiterhin eine harte Linie gegenüber Protestierenden fährt.

Analysten interpretieren diese Maßnahmen als Zeichen dafür, dass der iranische Staat möglicherweise seine Strategie im Umgang mit internen Unruhen ändert, jedoch nicht notwendigerweise in eine weniger repressive Richtung. Diese Entwicklungen müssen im Kontext der anhaltenden politischen Krise im Iran gesehen werden, die durch wirtschaftliche Schwierigkeiten, Missmanagement und die Auswirkungen internationaler Sanktionen verschärft wurde. Der Fall Soltani und die damit zusammenhängenden Gerichtsentscheidungen könnten einen Wendepunkt für die zukünftige Behandlung von



Protestierenden im Iran darstellen.

Weitere Nachrichten

- Russland setzt in der **Ukraine** die Kälte als taktische Waffe ein.
- Wahlen in **Uganda** trotzen technischen Pannen.
- **Kuba** erhält sterbliche Überreste von Bürgern nach US-Angriffen in Venezuela.
- Treffen über die Zukunft **Grönlands** in Washington ohne Ergebnis.
- USA fordern **Mexiko** zur Bekämpfung von Drogenlaboren auf.
- **Britische** Konservative entlassen Abgeordneten.
- **Nordkoreanische** Aktivisten nutzen Starlink, um online zu bleiben.
- **US-Regierung** reduziert Gesundheitshilfe, bindet sie an Zusagen afrikanischer Staaten.

P. Tiko